



Wissenschaftsausschuss

16. Sitzung (öffentlich)

27. Juni 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

21. Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen (*s. Anlage*)

3

Thema: Landesstrategie Weiterbildung

* * *

21. Weiterbildungskonferenz Nordrhein-Westfalen (s. Anlage)

Thema: Landesstrategie Weiterbildung

Vorsitzender Helmut Seifen: Meine Damen und Herren, ich eröffne hiermit die 16. Sitzung des Wissenschaftsausschusses, die zugleich die 21. Weiterbildungskonferenz seit dem Jahr 1995 ist.

Gehörte die Planung und Durchführung der Weiterbildungskonferenz bisher zum Aufgabenbereich des Ausschusses für Schule und Bildung, darf sich nun der Wissenschaftsausschuss dieser Aufgabe dankbar annehmen. Die Logik, die sich dahinter verbirgt, ist evident, zielt doch die Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens neben Schule, Berufsausbildung und Hochschule auf eine ergänzende und nachschulische Bildung erwachsener Personen, die auch die Vorstellung des lebenslangen Lernens am sichtbarsten ausdrückt.

Vertiefte Lebenserfahrung, selbständiges Urteil, bewusste Lebensgestaltung, mitbürgerliche Verantwortungsfreude und Erziehung zu demokratischem Denken und Handeln waren schon die Leitziele des Weiterbildungsgesetzes von 1953. An diesen Zielen hat sich ja bis heute nichts geändert, weil der Erhalt eines demokratischen Gemeinwesens mündige, leistungswillige und verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger voraussetzt, die dieses Gemeinwesen tragen.

So sind die sechs Workshops, in denen Sie nachher miteinander arbeiten werden, genau auf diese Bildungsziele hin ausgerichtet: Teilhabe und Integration, Digitalisierung und Weiterbildung, Stärkung der Demokratie, kulturelle Bildung, Chancen nutzen und Familie leben – Gemeinschaft gestalten.

Sie alle hier als Verantwortliche für das Gelingen von Weiterbildung können nun im Rahmen dieser Weiterbildungskonferenz über diese wichtigen Anliegen von Weiterbildung miteinander in einen Dialog eintreten und darüber hinaus diesen Dialog auch mit Vertretern der Parteien und der Landesregierung führen.

Umso mehr freut es uns, freut es mich persönlich, dass Sie, meine verehrten Damen und Herren, als Vertreter der Weiterbildungseinrichtungen heute so zahlreich an dieser Weiterbildungskonferenz teilnehmen. Wir haben 340, wobei ich auch schon die Zahl von 360 gehört habe, Teilnehmeranmeldungen. Das ist sicherlich ein Rekord in der zurückliegenden Ära der Weiterbildungskonferenz.

Das hohe Interesse belegt die Bedeutung, die dem Thema der heutigen Konferenz, Landesstrategie Weiterbildung, zugemessen wird. Herzlich willkommen hier in Düsseldorf im Landtag.

Besonders begrüßen möchte ich aber auch die Abgeordneten des Wissenschaftsausschusses und weitere Abgeordnete. Ein herzliches Willkommen auch dem Vertreter der Landesregierung, Herrn Staatssekretär Klaus Kaiser.

(Beifall)

Besonders begrüße ich natürlich die Sprecherin und den Sprecher des Gesprächskreises der Landesorganisation der Weiterbildung, Frau Ulrike Kilp und Herrn Wolfgang Jost.

(Beifall)

Ihnen ebenfalls ein herzliches Willkommen in unserem Haus.

Mit dieser Begrüßung möchte ich meinen herzlichen Dank für Ihren persönlichen Einsatz und den Einsatz des Gesprächskreises bei der Vorbereitung dieser Konferenz verbinden. Sie haben schließlich mit der Erstellung des Diskussionspapiers eine wichtige inhaltliche Grundlage für diese Weiterbildungskonferenz erarbeitet.

Neben Ihnen habe ich noch den Obleuten der jeweiligen Fraktionen für ihren guten Rat zu danken. Vor allem habe ich auch der Ausschussassistentin Frau Hielscher, die den organisatorischen Rahmen dieser Konferenz zusammengestellt hat, zu danken. Sehr geehrte Frau Hielscher, vielen Dank für Ihre umsichtige und vorausschauende Planung. So kann die Weiterbildungskonferenz auch an einem solch schicksalsträchtigen Tag wie heute einen gelingenden Verlauf haben. Nein, ich habe keine neuen Nachrichten aus Berlin. Es geht um das Schicksalsspiel der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft heute Nachmittag. Damit wir dieses Spiel noch rechtzeitig vom Anstoß an mitverfolgen können, werden wir nun zügig im Programm fortfahren.

Nach der Begrüßung aller Teilnehmer durch den Parlamentarischen Staatssekretär Herrn Kaiser werden ebenfalls Frau Kilp und Herr Jost die Gelegenheit haben, in die Weiterbildungskonferenz einzuführen. Im Anschluss daran wollen wir, die Abgeordneten und Sie, gemeinsam in Workshops sechs wichtige Bereiche der Weiterbildung diskutieren, die ich gerade schon genannt habe und die in der Ihnen vorliegenden Übersicht näher erläutert sind.

Nach Ende der Workshops, etwa ab 12:30 Uhr, aber selbstverständlich ist jeder Workshop in sich autonom, treffen wir uns vor dem Plenarsaal, also auf dieser Ebene, in der Wandelhalle, um bei lockerer Atmosphäre bei einem kalten Getränk und einem kleinen Snack die Ergebnisse der Diskussionen auszutauschen. Angedacht ist schon, dass man sich dann nicht wieder workshopweise zusammenstellt, sondern im Gegenteil den Kreis des eigenen Workshops verlässt, um sich quasi als Experte aus dem eigenen Workshop zu anderen Teilnehmern zu begeben, um so zu erfahren, was in den anderen Gruppen behandelt worden ist. Das wäre sozusagen der Idealfall.

Von dieser Veranstaltung wird ein Protokoll erstellt. Der Sitzungsdokumentarische Dienst hat dankenswerter Weise das Protokoll für den Eröffnungsteil im Plenarsaal übernommen. In den Foren, in den einzelnen Gruppen wird ein Protokollführer ein Sitzungsprotokoll erstellen. Die Protokolle werden nach Fertigstellung im Onlineangebot des Landtags veröffentlicht, und jeder, der die Teilnahme an der Konferenz nicht einrichten konnte oder dessen Anmeldung nicht mehr angenommen werden konnte, hat so die Möglichkeit, sich über die Konferenz zu informieren.

(Die Zusammenfassung der Ergebnisse der einzelnen Workshops ist als Anlage diesem Protokoll beigefügt.)

Der Wissenschaftsausschuss wird sich selbstverständlich nach der parlamentarischen Sommerpause mit den Ergebnissen der Konferenz befassen. Ich habe gerade schon mit Frau Kilp und Herrn Jost besprochen, dass wir im September eine Auswertung vornehmen werden.

Ich wünsche Ihnen jetzt eine gute Veranstaltung, vor allen Dingen konstruktive Diskussionen.

Auf eins möchte ich noch hinweisen. Es ist Sitte dieses Hauses, dass das Mitbringen von Speisen und Getränken in diesen Plenarsaal grundsätzlich nicht erlaubt ist. Ebenfalls sind Bild- und Tonaufnahmen nicht gestattet. Erlauben Sie mir das bitte als Hinweis. – Herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen alles Gute für den heutigen Tag und die Weiterbildungskonferenz.

(Beifall)

Parl. Staatssekretär Klaus Kaiser: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit fast zwei Jahrzehnten bin ich selber Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen und habe schon manche Weiterbildungskonferenz erlebt. Niemals aber hat eine Konferenz eine solch große Resonanz erfahren. Es ist eine Pflichtveranstaltung nach dem Weiterbildungsgesetz, aber niemals zuvor hat es mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegeben.

Deshalb möchte ich Ihnen zunächst stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen vom ganzen Herzen für Ihre Arbeit, Ihren Einsatz und Ihr Engagement in Ihren Einrichtungen danken. Herzlichen Dank für Ihr Tun.

(Beifall)

Auch im Namen und im Auftrag der hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen möchte ich fraktionsübergreifend meinen Dank aussprechen. Ich denke, das ist als Grundeinstellung auch wichtig.

Ich werte dies als ein Zeichen für das große Interesse an der Weiterentwicklung der Weiterbildungslandschaft in unserem Land. Deshalb, liebe Frau Kilp, lieber Herr Jost, danke ich Ihnen und dem Gesprächskreis insgesamt sehr herzlich für die großartige Vorarbeit und Mithilfe bei der Vorbereitung dieser Konferenz. Dies gilt insbesondere für die Vorlage Ihres Eckpunktepapiers, das der Gesprächskreis der Landesorganisation der Weiterbildung als seinen Beitrag für die Beratungen in den verschiedenen Workshops heute vorbereitet hat. Ich habe es mit großem Interesse gelesen und bin sehr davon überzeugt, dass heute Morgen die angebotenen Workshops die wichtigen Zukunftsfragen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung in NRW aufgreifen. Sollten einzelne Aspekte noch nicht ausreichend profiliert sein, gibt es Gelegenheit, sie zu ergänzen. Auch das wird sicherlich stattfinden.

Diese 21. Weiterbildungskonferenz ist auch deshalb etwas Besonderes, weil sie die erste ist, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Weiterbildung, so aktiv betei-

ligen möchte und beteiligt. Die geplanten Workshops bieten Ihnen die Chance, einzelne Aspekte der derzeitigen Herausforderungen für die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen vertieft mit Abgeordneten des Landtags zu erörtern. Ich bin selbst sehr gespannt, wie dieser gemeinsame Diskurs der Weiterbildung verlaufen wird und werde daher durch alle Workshops durchgehen, um einen Eindruck zu bekommen, weil mir alle Themen sehr, sehr wichtig sind und ich von allen einen persönlichen Eindruck mitnehmen möchte.

Gleichzeitig möchte ich Sie herzlich von Frau Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen grüßen, die uns ebenfalls heute gutes Gelingen wünscht.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, zu Beginn ein paar Gedanken zu den einzelnen Themen zu äußern. Lassen Sie mich mit der Digitalisierung in der Weiterbildung beginnen. Wie ich erfahren habe, stößt diese Arbeitsgruppe auf das größte Interesse. Ich gebe zu: Vollkommen überrascht hat mich das nicht. Gestatten Sie mir aber dazu eine Vorbemerkung. Denn auch in der Bildungsdiskussion entsteht gelegentlich der Eindruck, ohne Digitalisierung gibt es bald keine Bildung mehr. Deshalb redet man wie selbstverständlich auch von digitaler Bildung, die es dringend zu fördern gilt. Bildung aber, wie ich sie verstehe, vollzieht sich nicht sprunghaft, sondern prozesshaft, also analog.

Was verstehen wir unter Bildung? – Ich weiß, das ist eine große Frage, die umfassend zu beantworten ich gar nicht versuchen möchte. Es ist aber eine Frage, die mir viel zu wenig öffentlich diskutiert wird. Eines möchte ich dabei schon behaupten: Bildung hat etwas mit der Aneignung von und dem Umgang mit Erfahrungen, mit Erkenntnissen und Wissen zu tun. Bildung macht neugierig auf Neues, Bildung führt dazu, dass wir Wesentliches von Unwesentlichem, Wahres von Falschem unterscheiden können. Wissen und Urteilsfähigkeit erlangen wir dabei.

Eines gilt seit der Antike, als der Philosoph Heraklit einmal gesagt hat:

„Bildung ist nicht das Befüllen von Fässern, sondern das Entzünden von
Flammen.“

Von ihm stammt auch der Spruch:

„Das Lernen vieler Dinge lehrt nicht Verständnis.“

Auch das ist etwas, was wir vielleicht bei aktuellen Diskussionen mitbedenken sollten. Bildung ist eben Aneignung und Umgang mit Wissen. Dies sind Prozesse, Lernprozesse. Lernen kann uns niemand abnehmen, auch keine Maschinen, mögen sie noch so digital, intelligent und autonom sein. Deshalb gilt eins: Bildung ist immer auch Beziehungsarbeit. Bildung braucht den Menschen; einmal den Lernenden, aber auch den Lehrer. Deshalb kann die Digitalisierung den Lehrer bzw. die Lehrerin unterstützen, und sie kann es dem Lernenden interessanter, unabhängiger und vielleicht auch unabhängig von einem bestimmten Lernort machen. Sie kann aber den Dozenten oder die Dozentin nicht ersetzen. Das ist meines Erachtens der Ausgangspunkt, unter dem wir uns alle versammeln müssen. Das heißt, die Persönlichkeit, der hauptamtliche Mitarbeiter wird im Weiterbildungsprozess unersetzlich sein. Das ist gut zu wissen, wenn wir die Diskussion nach vorne auf tun.

Wir sollten aber schon intensiv fragen: Gestaltet uns die Digitalisierung oder gestalten wir sie? Trägt sie dazu bei, dass wir fähig werden, wohl begründet Überzeugungen auszubilden oder verhindert sie es? Trägt sie zu unserer selbstbestimmten Lebensgestaltung bei, unterstützt sie uns, Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen? – Ich bin der Überzeugung, dass Bildung ein Prozess ist und dieser Prozess nicht abgeschlossen sein kann, was Bildung im Übrigen fundamental von Ausbildung unterscheidet. Darum ist Bildung ein lebenslanger Prozess, eben lebenslanges Lernen.

Damit bin ich wieder bei der Weiterbildung, die sicherlich besonders dazu geeignet ist, zu den von mir angeregten Diskussionen über Bildung wichtige Impulse zu geben. Daher macht es Sinn, dass wir in der Weiterbildung natürlich die Risiken, aber eben auch die enormen Chancen der Digitalisierung in der Weiterbildung erkennen: zum einen für die Infrastruktur und für die Verwaltung, zum anderen aber auch als Teil neuer Unterrichtsansätze.

Ich sehe die Weiterbildungslandschaft in NRW auf einem guten Weg. Am Montag war ich zusammen mit Frau Maschner und Herrn Professor Baumgarten, die nun unter der Leitung von Herrn Bösche, dem Abteilungsleiter V im neuen Ministerium – dazu sage ich gleich noch etwas – arbeiten, bei der VHS in Duisburg. Durch die Neuordnung des Ministeriums werden jetzt politische Bildung und allgemeine Weiterbildung in einem Ministerium, in einer Abteilung zusammengefasst. Das gibt neue Chancen.

Wir alle waren von dem, was uns bei der VHS in Duisburg gezeigt wurde, sehr angehan, unter anderem von dem Zusammenspiel verschiedener Kultureinrichtungen, nämlich in diesem Fall von Bibliothek und Volkshochschule. Man konnte sehen, dass beide voneinander profitieren, insbesondere von dem, was im Bereich der Vermittlung digitaler Technik mit 3D-Druck, aber auch durch den Einsatz neuer Möglichkeiten für einen noch stärker Lerner-bezogenen spannenden Unterricht in einem heterogeneren Umfeld erfolgt. Dieses wird, wie wir alle wissen, immer heterogener. Herrn Heckner und seinem Team möchte ich dafür ausdrücklich für diese informativen zwei Stunden herzlich danken.

Auch für den politischen Diskurs gilt: Hier wollen wir anfangen. Hier wollen wir aus der Praxis lernen, und hier wollen wir die Praxis in die politische Umsetzung unbedingt und stark einbeziehen. Das ist das, was uns vorschwebt, wenn wir sagen, dass wir die Weiterbildung weiterentwickeln wollen, was wir dann auch in einem reformierten Weiterbildungsgesetz zusammenfassen wollen. Die weiteren Themen der Workshops versprechen aber ebenfalls Spannung und sind spannend zu gestalten.

Für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe ist es eminent wichtig, Grundbildung zu stärken und über einen nachzuholenden Schulabschluss beispielsweise eine zweite Chance zu bekommen. Darüber sind wir uns hier gewiss einig; denn nur, wer ausreichend lesen und schreiben kann, der oder die ist auch in der Lage, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Die gerade abgeschlossene Evaluation der Grundbildungsangebote an unseren Weiterbildungseinrichtungen zeigt den Mehrwert der Lebens- und Erwerbsweltorientierung

für die Grundbildung auf. Alles, was uns zum Thema der Nachhaltigkeit und Entwicklung auf den Nägeln brennt – mit Frau Eule war ich gestern am Möhnesee, da konnte wir die BNE-Tagung verfolgen –, hätte, so wie ich das sehe, auch in diesem Workshop einen Platz und müsste entsprechend formuliert werden.

Voraussetzung jeder Teilhabe ist Bildung. Dies ist eben die Aufgabe der Weiterbildung und der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen. Weiterer Aspekt: Zurecht ist die Stärkung der Demokratie heute auch das Thema eines Workshops. Das ist eines der zentralen Themen unserer Zeit. Die westlichen Demokratien stehen vor großen Herausforderungen – da erzähle ich Ihnen allen nichts Neues –, tiefgreifende Umbrüche, bedroht von vermeintlichen Selbstverständlichkeiten und Selbstgewissheiten der parlamentarischen Demokratie. Alle nehmen es morgens zur Kenntnis. Weltpolitik wird gelegentlich mit Twitter versucht oder gemacht, Wahrheit und Fiktion sind nah beieinander und kaum unterscheidbar und machen das politische Verstehen immer schwieriger.

Die Europäische Union, für mich selbstverständlicher Bezugsraum meiner Generation, ist in einer tiefen Krise. Im kommenden Jahr stehen am 26. Mai die nächsten Europawahlen an, bei denen es eine klare Frontstellung gibt: Europafreunde gegen Europa-skeptiker. An dieser Stelle möchte ich mich eindeutig äußern: Diese Landesregierung steht in der Friedenstradition des geeinten Europas, in der europäisch-weltoffenen und in der demokratischen Tradition. Ich kann mir Europa nicht so vorstellen, dass künftig wieder Menschen und Autoschlangen an wiedererrichteten Grenzen nach Belgien, Frankreich, Luxemburg oder in die Niederlande aufgebaut werden.

(Beifall)

Wir brauchen eine Offensive für Europa und die Wahlbeteiligung aller Europafreunde. Der Brexit hatte deshalb eine Chance, weil die Europafreunde in England der Abstimmung ferngeblieben sind. Und dies ist auch eine Aufgabe der politischen Bildung und der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen.

Extremisten und Populisten fordern in dieser Situation den Grundkonsens heraus, auf den sich die westlichen Gesellschaften verständigt haben, offene, tolerante und vielfältige Gesellschaften zu sein.

Meine Damen und Herren, es sind gerade die Formate der politischen Bildung, die vor allem gesellschaftspolitische Zukunftsfragen in den Vordergrund rücken. Sie machen Mut, sich aktiv in Auseinandersetzungen zu Fragen des demokratischen Zusammenlebens zu engagieren, die dazu beitragen, verlorene Zuversicht zurückzuerlangen. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein im Bundesvergleich so eng geknüpftes Netz von Spezialistinnen und Spezialisten der politischen Bildung haben. Ich bin froh, dass gerade Sie sich gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung dafür engagieren, Demokraten und Demokratie zu stärken. Das gilt aber auch für alle Einrichtungen der Weiterbildung, die eben nicht nur politische Bildung, aber auch, im Programm haben; denn das Lernen eines demokratischen und respektvollen Umgangs miteinander ist eine Querschnittsaufgabe aller Bildungseinrichtungen, also auch im Englischkurs oder in einem anderen Sprachkurs, genauso wie in einem Yoga-Kurs. Auch das muss uns klar sein: Wer in der Weiterbildung aktiv

ist, ist auch als aktiver Demokrat unterwegs. Ich denke, das ist im Grundverständnis hier auch unstrittig.

Eine aktuelle Herausforderung für die Weiterbildung ist es, die Zielgruppe der Geflüchteten stärker in den Blick zu nehmen. Gerade in dem Bereich der Alphabetisierung und in dem Bereich des Demokratie-Lernens werden neue und innovative Programme für Geflüchtete erprobt. Pilotprojekte zur Verknüpfung von Demokratie-Lernen und Sprachbildung, wie das Projekt „Demokratie für mich“ sind hier beispielgebend.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bei allen – ich denke, das ist auch wieder übergreifend für alle hier anwesenden politischen Vertreter – für die geleistete Arbeit bei den Geflüchteten seit dem Sommer 2015 bedanken.

(Beifall)

Hier hat die NRW-Weiterbildungslandschaft immer Flexibilität und Leistungsbereitschaft sowie bedarfsgerechte Reaktionen gezeigt. Ich denke, das ist äußerst anerkennenswert, und das ist ein Qualitätsmerkmal unserer Weiterbildungslandschaft, das unbedingt zu stärken ist. Noch einmal: Herzlichen Dank an alle, die da engagiert sind.

Ein dritter und weiterer Aspekt ist natürlich die weitere Planung. Was passiert im Bereich der Weiterbildung? – Mit ihrem Koalitionsvertrag hat die NRW-Koalition vereinbart, Bildung für die Menschen in unserem Land auf bestmögliche Weise zu vermitteln. Diesen Weg wollen wir mit den Menschen im Land gemeinsam gehen. Wir werden bei uns auch bei der Weiterentwicklung im WbG keinen Top-Down erleben, sondern wir werden miteinander sprechen, weil uns das allen am meisten hilft. Das gilt ganz besonders für die Weiterbildungspolitik, denn schließlich war und ist es in diesem Politikfeld eine gute Tradition, Veränderungen gemeinsam zu entwickeln und konsensorientiert als auch parteiübergreifend zu verwirklichen. Das Land versteht sich dabei als einer der Partner der Weiterbildung.

Welch hohen Stellenwert die neue Landesregierung der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zumisst, können Sie an der finanzpolitischen Weichenstellung des letzten Jahres ablesen, da wir ja gleich zu Beginn im Rahmen des Nachtragshaushalts 2017 den Konsolidierungsbeitrag, was eine vornehme Umschreibung für einen Kürzungsbeitrag ist, um 5 % zurückgenommen haben. Dadurch stehen für die Weiterbildungslandschaft auf Dauer 6 Millionen € zusätzlich zur Verfügung. Das ist nicht nur für ein Jahr, sondern wird fortgeschrieben. Das ist sicherlich der Einstieg und nicht nur die Einhaltung dessen, was wir vereinbart haben.

Die Koalitionsvereinbarung gibt der Landesregierung klare Aufträge. Ich weiß, Sie kennen das, der eine oder andere wird das sicherlich gelesen haben. Das heißt, wir haben zugesagt, der Volkshochschule und der Weiterbildung in anderer Trägerschaft eine angemessene und projektungebundene Grundausstattung sicherzustellen. Die Mittel für die institutionelle Förderung sollen dynamisiert werden, die Mittel für das Nachholen von Schulabschlüssen müssen insgesamt erhöht werden, die Digitalisierung der Weiterbildung soll gestärkt werden und die Weiterbildungseinrichtungen, ich denke, das ist vor Ort ganz wichtig, sollen stärker in regionale Bildungslandschaften eingebunden werden, sodass man als gleichberechtigter Partner unterwegs ist und nicht um seine eigene Reputation kämpfen muss.

Diese Vorhaben wollen wir durch eine Reform des Weiterbildungsgesetzes angehen und umsetzen. In den nächsten Wochen werden wir die Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2019 beginnen. Der Landeshaushalt wird eingebracht werden. Wir alle wissen: Nordrhein-Westfalen ist finanzpolitisch nicht auf Rosen gebettet. Von daher ist sicherlich nicht die Zeit, eines finanzpolitischen „Wünsch dir was“. Wir arbeiten jedoch an der Umsetzung der im Koalitionsvertrag formulierten Abmachungen Zug um Zug.

Es ist unser erklärtes Ziel, gemeinwohlorientierte Weiterbildung mit Ihnen gemeinsam so auszurichten und weiterzuentwickeln, dass sie wichtige Impulse dazu geben und Beiträge dazu leisten kann, die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu bewältigen.

Das Kabinett hat in der vergangenen Woche Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen beauftragt, die Reform des Weiterbildungsgesetzes dialogorientiert anzugehen. In diesem Prozess wollen wir die verschiedenen Akteure einbeziehen. Dabei gilt: Das Land ist nur einer der Partner unserer pluralen und vielfältigen Weiterbildungslandschaft. Die Stärke unserer Weiterbildungslandschaft ist die Vielfalt. Ich habe es gelegentlich schon betont. Wir müssen aber auch mit Trägern, mit Kommunen, mit kommunalen Spitzenverbänden zusammenarbeiten. Alle Akteure müssen sich committen, um die Weiterbildungslandschaft zu entwickeln, natürlich auch die einzelnen Einrichtungen. Das heißt, nur in einem gemeinsamen Vorgehen wird es uns gelingen, dass wir die Weiterbildung zukunftsfähig für die nächsten Jahrzehnte machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen uns das in etwa so vor, dass wir die Ergebnisse der heutigen Weiterbildungskonferenz sorgfältig auswerten. Der Vorsitzende hat eben schon etwas zu weiteren Überlegungen gesagt. Auch die im Herbst anstehenden Regionalkonferenzen werden sich mit den Fragestellungen des heutigen Tages vertieft auseinandersetzen. Dabei kann ich mir gut vorstellen, dass die Einrichtungen im Regierungsbezirk Düsseldorf, thematisch andere Schwerpunkte setzen als beispielsweise in Detmold oder im Regierungsbezirk Münster. Die Regierungsbezirke Köln und Arnsberg sind natürlich nicht vergessen, auch die dürfen einzelne Highlights setzen.

Selbstverständlich gilt es auch immer wieder, die besonderen Belange der Eltern- und Familienbildung, der politischen und der kulturellen Bildung zu berücksichtigen. Nutzen Sie, meine Damen und Herren, deshalb das Angebot und bringen sich in Ihren Regionalkonferenzen ein. Auch diese Ergebnisse werden in die Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes einfließen.

Über diesen Prozess wollen wir die Ansatzpunkte identifizieren, mit denen wir das Gesetz weiterentwickeln können. Verbunden mit einer wissenschaftlichen Begleitung und Stellungnahmen werden wir dieses zur Grundlage machen, um erste Eckpunkte für eine Reform des Weiterbildungsgesetzes zu entwickeln. Es ist Ziel, dies im laufenden Austausch miteinander dialogisch zu machen. Wir können dabei auf die Erfahrungen, die wir im Kulturbereich gemacht haben, zurückgreifen. Vielleicht haben Sie es der Presse entnommen, dass wir mit der freien Szene sowie mit den Stadttheatern Commitment gemacht haben, wo wir zusammen mit Trägern Perspektiven entwickelt und entsprechende Unterstützungsleistungen garantiert haben. Auch das ist etwas, was dialogisch im ständigen Austausch geschehen ist. Auf diese Erfahrungen können wir

gern zurückgreifen, und es wird uns sicher ein Stück weit in die richtige Richtung weiter bringen.

Dadurch dass das Ministerium den Bereich Kultur und Wissenschaft umfasst, besteht die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Kultur, mit der kulturellen Bildung. Da gibt es erste Planungen und erste Überlegungen, wie man das stärker verbinden kann, weil man voneinander profitiert. Ich habe eingangs gesagt, dadurch dass die allgemeine Weiterbildung und die politische Bildung in einer Abteilung, in einem Ministerium angesiedelt sind, erkennt man neue Gemeinsamkeiten, neue Möglichkeiten des Zusammenarbeitens. Ich kann mir aber auch vorstellen, wer die Volkshochschulen in der Fläche kennt – so ein bisschen kenne ich mich da auch aus –, weiß, dass es da auch Möglichkeiten gibt, Kulturereignisse zu begleiten und mit Museen, mit Theatern und Opern zusammenzuarbeiten. Das ist etwas, von dem ich denke, dass sich dabei neue Perspektiven und neue Möglichkeiten eröffnen, dass wir hierbei Überlegungen zu den sogenannten Dritten Orten anstellen können. Auch das ist etwas, was perspektivisch vielleicht Gestaltungsfreude in der Szene auslöst.

Ebenfalls hat die Vernetzung der Weiterbildung mit den Hochschulen noch ein wenig Luft nach oben. Da gibt es erste, viel versprechende Ansätze.

Abschließend möchte ich sagen: Heute ist es Ihre Weiterbildungskonferenz ganz traditionell hier im Plenarsaal, der wirklich erfreulich gut besetzt ist. Hier geht es auch darum, dass Sie sich persönlich einbringen können. Ich halte es für wichtig, dass der Dialog mit Ihnen stattfindet. Das ist heute eigentlich die Stunde, um miteinander zu reden, mit der Politik und mit denjenigen, die in der Szene vor Ort aktiv sind und entsprechende gesellschaftliche Trends und Veränderungen erleben, zu sprechen und sich auszutauschen. Dafür wünsche ich Ihnen viel, viel Erfolg. Herzlichen Dank, dass Sie mir so lange zugehört haben. Ich hoffe auf einen guten Dialog und auf eine gute Zukunft für die Weiterbildungslandschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Ulrike Kilp: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es beeindruckend: Viele Jahre habe ich hier schon am Mikrophon auf der Weiterbildungskonferenz gestanden, aber ich muss sagen: Diese Resonanz hatten wir noch nie. Ich freue mich unglaublich, dass es gelungen ist, eine über einen längeren Zeitraum angelegte Strategie miteinander in die Welt, in die Politik, in das Land, in das Parlament zu bringen. Ich danke insbesondere der Landtagsverwaltung, dass sie es so vielen Teilnehmer und Teilnehmerinnen überraschend ermöglicht hat, an dieser Konferenz teilnehmen zu können, und wir einen geregelter und guten Ablauf mit einer sehr, sehr guten Organisation haben. Ganz herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Verehrte Abgeordnete! Wir haben heute etwas zu sagen. Die Weiterbildung möchte mit Ihnen sprechen. Reden über die Weiterbildung? Wer weiß warum? – Vor Kurzem eine überraschende Begegnung am Waldrand: Eine Bäuerin hat oberhalb des Hofes ihrer Familie abseits von Dörfern und großen Straßen einen Tisch aufgebaut. Darauf

warten duftende Waffeln und frischer Kaffee. Das Wald-Café ist einladend. Unmittelbar fängt die Frau an, Alltägliches und Grundsätzliches aus ihrem Leben zu erzählen und strahlt dabei eine Entschiedenheit und Unermüdlichkeit aus, die beeindruckt. Sie ist eine Macherin: für die Familie, für das Vieh, die Ernte, den Müll im nahen Wald, die Schulgemeinschaft, die Nachbarschaft. Sie will, dass ihre Lebensweise dazu beiträgt, dass diese Gesellschaft zusammenhält. Diesen Zusammenhalt sieht sie bedroht. Ihr Alltag ist immer schwerer zu bewältigen. Die Mülleimer im Wald werden von ihrer Familie regelmäßig gelehrt, die Bänke repariert – ehrenamtlich, freiwillig. Die öffentliche Hand fasst hier schon lange nicht mehr mit an.

Es ist nicht genug Zeit, um die drei Kinder täglich zur Schule zu fahren und abzuholen, ohne die harte, körperliche Arbeit auf dem Hof zu vernachlässigen. Einen Schulbus gibt es nicht mehr. Der Besuch beim Bürgermeister hat bisher nicht gefruchtet. Die Kirschen auf dem Baum bleiben hängen, weil sie niemand pflücken kann.

Wenn wir heute über die Weiterbildung reden, geht es uns darum, dass und wie Bürgerinnen und Bürger diese Welt verstehen und gestalten können. Zugleich vermittelt die Weiterbildung auch in die Politik hinein, was Menschen bewegt, welche Sorgen sie haben und was sie für das Mittun zum Wohl der Gesellschaft brauchen. Doch das Begreifen dieser Gesellschaft ist keineswegs so einfach, wie es sich anhört. Ich persönlich habe damit auch zunehmend meine Probleme. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht.

Das Begreifen der Welt ist jedoch Voraussetzung für das Handeln. Das Tun entspringt dem persönlichen Bedürfnis, dass zwischen Erkenntnis und Wirklichkeit eine möglichst geringe Diskrepanz besteht. Wie kann aber im Hier und Jetzt das Gestaltungs- und Veränderungspotenzial zum Wohl der Menschen geweckt werden?

Die Weiterbildung hat den Auftrag, komplexe Inhalte freizulegen und interessengeleitete, eindimensionale und einseitige Sichtweisen und Bewertungen zu hinterfragen. Dieser Auftrag hört nicht mit dem Vermitteln von Inhalten auf. Er weist auf das eigene Potenzial hin und regt es an. In der Weiterbildung begreifen Menschen sich selbst als bedeutsam, als wirksam für die Aufgaben, die vor uns liegen. Sie nehmen an einem Angebot für Einsteiger im kommunalpolitischen Engagement, an Theater-, Zertifikats-, Fit-durch-Bewegung- oder Schulabschlusskursen teil oder auch an einer Betriebsräteschulung. Sie lernen die deutsche Sprache, stiften Bindungen im Eltern-Kind-Kurs, erweitern ihre Schlüsselkompetenzen im Alphabetisierungskurs, entdecken digitale Lernwelten und machen sich kulturelle Techniken zu eigen.

Die Weiterbildung fühlt sich dabei in Anlehnung an den Beutelsbacher Konsens drei didaktischen Leitgedanken verpflichtet: Erstens dem Überwältigungsverbot, zweitens dem Gebot der Kontroversität und drittens der Teilnehmerorientierung.

Diese Grundprinzipien verdeutlichen, dass die Weiterbildung per se ungeeignet ist, instrumentalisiert zu werden oder sich instrumentalisieren zu lassen. Sie ist unverdächtig, sich abseits von der Orientierung am Gemeinwohl zu bewegen. Die Trägerpluralität gewährleistet zugleich, die Vielfalt der gesellschaftlichen Akteure zu repräsentieren.

Die kleine Alltagsbegegnung am Anfang hätte sich so oder ähnlich auch im Kontext einer Veranstaltung in einer unserer 435 Weiterbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen ereignen können; denn diese erreichen die Menschen vor Ort: jährlich etwa 3,7 Millionen Teilnahmefälle. In 7 Millionen erbrachten Unterrichtsstunden und 620.000 Teilnehmertagen im Jahr 2016 finden auch Begegnung und soziale Interaktion statt, unabhängig davon, ob die Kurse analog oder digital stattfinden.

Da ich die Kollegen von QUA-LIS NRW hier gesichtet habe, möchte ich Ihnen danken, dass Sie uns dieses Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt haben, das ich gerade präsentiert habe. Auch Ihnen aus den Einrichtungen möchte ich danken, dass Sie so fleißig am Berichtswesen NRW zu fast 100 % teilgenommen haben. Die Frist zur Abgabe der Fragebögen für das Jahr 2017 läuft übrigens am 30. Juni aus.

(Heiterkeit)

Ich möchte daran erinnern, weil Frau Eule mich heute Morgen darauf aufmerksam gemacht hat, und darauf hinweisen, dass noch einige Einrichtungen nacharbeiten dürfen. Die Zahlen werden hinterher gebraucht. Deswegen finde ich es gut, wenn Sie hier mitmachen.

Die Zahlen zeigen die Leistungsfähigkeit der Weiterbildung. Hier treffen oftmals in einem und demselben Unterrichtsraum Menschen mit unterschiedlichen Werten, Sprachen, Religionen, sexueller Orientierung und Hautfarben und auch aus diversen Milieus aufeinander. Kontrovers geht es hier oft zu, doch die Bildungsinhalte ermöglichen das Reden über kontroverse oder auch gemeinschaftsstiftende Erfahrungen und Standpunkte. Unsere kursleitenden Dozentinnen und Dozenten lehren professionell und achten auf die Einhaltung unserer obengenannten drei Leitgedanken. Weiterbildung ist anspruchsvoll.

Die Teilnehmenden gehen mit den gesammelten Erfahrungen wieder zurück in ihre Lebenswelt und werden diese anders wahrnehmen und diese im besten Fall aktiv mitgestalten und verändern wollen.

Es gibt einen breiten Konsens darüber, dass Bildung allgemein der Schlüssel zur Lösung der aktuellen Herausforderung ist. Es wird viel über Bildung geredet. Aber was wird für sie getan? – Die Bedeutung der Weiterbildung für die Gesellschaft und ihren Zusammenhalt ist selten über- und meistens unterschätzt. Bestätigt wurde diese Einschätzung in dem am letzten Freitag veröffentlichten nationalen Bildungsbericht 2018. Ich zitiere:

„Nach wie vor steht die öffentlich uneingeschränkt bekundete Wertschätzung der von Weiterbildung mit Blick auf ein lebenslanges Lernen in einem massiven Widerspruch zum Stand sowohl des gesicherten als auch öffentlich verfügbaren Wissens über Weiterbildung, die Qualität der dort stattfindenden Lernprozesse über Mechanismen der Teilhabe verschiedener sozialer Gruppen und ihres Nutzens.“

Die Weiterbildung ermöglicht, und das erleben wir ja in den Einrichtungen von Tag zu Tag und Herr Kaiser hat es am Montag noch in Duisburg erfahren, die Übernahme von Verantwortung für notwendige, gesellschaftliche Veränderungsprozesse, Demokratie

und Teilhabe. NRW ist das Weiterbildungsland. Aber, unsere Weiterbildung, unsere Einrichtungen brauchen Zukunft, benötigen belastbare Rahmenbedingungen. Die Rahmenbedingungen müssen jetzt neu justiert werden. Davon sind wir überzeugt, und das zeigt auch heute die beeindruckende Beteiligung aus den Einrichtungen.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen, verehrte Abgeordnete hier und heute den Zukunftsdialog für eine Landesstrategie für die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen eröffnen – ernsthaft, ehrlich und gründlich. Wir sind davon überzeugt, dass wir einen konstruktiven und erfolgreichen Weg vor uns haben, und sind auf die Erkenntnisse dieser Konferenz gespannt. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort an meinen Kollegen, Herrn Jost.

(Beifall)

Wolfgang Jost: Mit Blick auf die Uhr ist es heute die dritte und letzte Rede, das darf ich Ihnen versprechen. Herr Vorsitzender Seifen! Herr Staatssekretär Kaiser! Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne zu Beginn meines Beitrags einen kurzen und, sehen Sie es mir bitte nach, kritischen Blick zurückwerfen. In Bildungs- und Entwicklungsprozessen macht es durchaus Sinn, wie wir alle wissen.

Ich möchte ganz konkret an die letzte Weiterbildungskonferenz hier an gleicher Stelle vom 23. November 2016 erinnern. Etliche von Ihnen waren damals auch dabei. Zum einen bleibt der Gesamteindruck: Es war nicht wirklich eine Konferenz. Von Konferieren im eigentlichen Sinne konnte keine Rede sein. Nein, wir haben lediglich Positionen ausgetauscht. Ministerin Löhrmann hat die Umsetzung ihrer Vorhaben dargestellt. Ihre Stichworte waren: Wo stehen wir mit der Berichterstattung? Welchen Stellenwert hat der Landesbeirat? Und was ist auf dem aktuellen Feld der Integration zu tun? Dies sind nur drei von mehreren Stichworten. Frau Löhrmann konnte dankeswerter Weise die erste teilweise Rücknahme des Konsolidierungsbeitrages ankündigen.

Wir haben dann einen Fachvortrag zur Digitalisierung gehört, gemeinsam mit den Einrichtungen konnten wir danach unsere Sicht der Dinge zum Thema „Digitalisierung“ als zentrales Zukunftsthema beschreiben und unser Vorhaben mit etlichen Praxisbeispielen skizzieren. Aber, wir haben eben nicht miteinander geredet. Wir haben nicht konferiert.

Die Landtagswahlen standen vor der Tür, und alle waren auf Stand-by. Entsprechend frustriert wäre ich nach Hause gefahren, wenn da nicht ein Redebeitrag eines Kollegen von den Volkshochschulen gewesen wäre. Er hat davon gesprochen, dass es angesichts der zentralen thematischen Herausforderungen im Land NRW an der Zeit sei, die aktuell wesentlichen Entwicklungsbedarfe der Weiterbildung aufzuzeigen, dass die Situation insgesamt überprüft werden und vor allem die Weiterbildung gestärkt werden müsse. Er hat den Begriff der Landesstrategie Weiterbildung ins Gespräch gebracht und gemeint, dass es damit zu einer gemeinsamen und konzertierten Anstrengung aller Beteiligten mit dem Ziel einer verbindlichen Beschlussfassung in den Entscheidungsgremien des Landes kommen muss.

Herr Kaiser, Sie haben uns informiert, dass die Landesregierung Veränderungen dialogorientiert und nicht top-down angehen möchte. Hier haben wir offensichtlich einen breiten Konsens.

Landesstrategie deshalb, weil damit der Stellenwert und die Einbindung der Weiterbildung in NRW für die folgenden Jahre sowohl beschrieben als auch gleichzeitig die entsprechend zu justierenden Förderparameter beschlossen werden sollten. Der Gesprächskreis und die ihm angeschlossenen Landesorganisationen haben diese Idee aufgegriffen und intensiv diskutiert. Ich komme gleich darauf noch einmal zurück.

Zwischenzeitlich wurde eine neue Landesregierung gebildet. Der Koalitionsvertrag enthält immerhin ein eigenes Kapitel zur Weiterbildung. Ministerpräsident Laschet hat mit Herrn Kaiser einen Parlamentarischen Staatssekretär für die Weiterbildung berufen. Die Landesregierung hat als ein erstes klares Statement der vollständigen Rücknahme des Konsolidierungsbeitrages zugestimmt. Herr Kaiser hat es vorhin erwähnt.

Ministerpräsident Laschet hat aber auch in seiner ersten Regierungserklärung davon gesprochen, dass die Maßnahmen der Landesregierung, die im Bereich Weiterbildung ergriffen werden, dazu führen sollen, die Weiterbildung aus ihrem politischen Schattendasein herauszuführen. Das alles zusammen sehen wir als starke und vor allem sehr positive Signale, die Sie gesendet haben. Dafür sind wir Ihnen ausdrücklich sehr dankbar.

(Beifall)

Zwischenzeitlich hat der Weiterbildungsbericht die Leistungsfähigkeit der Weiterbildung sehr klar beschrieben. Frau Kilp hat Ihnen eben einige Zahlen dazu genannt. Aber, die Situation in unseren Einrichtungen ist angespannt. Die finanzielle Situation erfordert von vielen Einrichtungen Maßnahmen zum Personalabbau. Die rechtliche Würdigung des Vertragsverhältnisses von 73.000 Kursleitenden ist kritisch einzuschätzen und führt zu massiven Risiken der Träger und der Gefährdung der Gesamtstrukturen, abgesehen von den nachvollziehbar aufgeheizten Diskussionen zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen. Gleichzeitig steigen die Anforderungen. Wir müssen und wir wollen zunehmend in Netzwerken agieren. Wir müssen und wir wollen Qualitätssicherung betreiben. Wir müssen und wir wollen uns an der Berichterstattung beteiligen. Wir müssen und wir wollen einen erhöhten Aufwand betreiben, also investieren, um neue Formate zu entwickeln, die übrigens oftmals nicht abrechenbar sind. Wir müssen und wir wollen diese Formate über neue Wege der Kontaktaufnahme und der Kontaktpflege zum Beispiel über Beratungsangebote an unsere Zielgruppen herantragen. Auch das große Thema „Digitalisierung“ muss ich hier natürlich erwähnen.

Dies alles bedeutet erhöhten Aufwand und verursacht vor allem Kosten. In den zurückliegenden Jahren musste sich zwangsläufig aufgrund der Deckelung der Zuschüsse nach dem WbG eine Schere öffnen. Das ist genau so passiert. Die Schließung der Schere ist durch die Rücknahme der Konsolidierungsbeiträge natürlich nicht annähernd erreicht worden. Deren Schließung zeichnet sich derzeit trotz aller positiven Signale nicht ab. Auch das muss gesagt werden.

Wie auch immer: Der Gesprächskreis hat die Grundidee der Landesstrategie Weiterbildung aus der letzten Weiterbildungskonferenz aufgegriffen und in einer Klausur im

August des letzten Jahres in den Eckpunkten beschrieben und ausformuliert. Auf der Basis vieler weiterführender Gespräche, auch in den Landesorganisationen und in deren Einrichtungen, haben wir zum einen das Papier thematisch entwickelt und uns zum anderen Gedanken gemacht, wie wir einen Diskussionsprozess dazu in Gang setzen können.

Damit komme ich zur heutigen Weiterbildungskonferenz. In der Vorbereitung auf diese Konferenz haben wir als Gesprächskreis mit den weiterbildungspolitischen Sprechern der Parteien und mit dem Ausschussvorsitzenden, wie es guter Brauch ist, darüber gesprochen, wie diese Konferenz gestaltet werden könnte, und kamen zu drei wesentlichen Ergebnissen: Erstens waren die Abgeordneten, die an der letzten Konferenz teilgenommen hatten, mit dem Konferenzformat genauso unzufrieden wie wir. Zweitens sollte vor allem mehr Kommunikation, mehr Austausch möglich werden. Drittens war es Konsens, dass ein Papier des Gesprächskreises zum Umgang mit den Zukunftsthemen Grundlage der Diskussion im Rahmen der heutigen Konferenz sein sollte. So wurde das festgelegt, im Übrigen, ohne dass die Abgeordneten das Papier kannten. Das war mutig, wie wir finden. Ein großes Dankeschön an den Ausschuss für diesen Vertrauensbeweis

(Beifall)

Wir haben dann das Ihnen vorliegende Papier im Gesprächskreis mit weiteren Experten entwickelt. Wir gehen zum einen auf die Ausgangslage in den systemrelevanten Punkten ein und haben zu den Zukunftsthemen, die wir als zentral für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ansehen, wesentliche Gedanken, ziel- und lösungsorientiert so knapp wie möglich formuliert. Dadurch entstehen natürlich Zuspitzungen, dadurch werden aber auch klare Prioritäten gesetzt. Wir haben uns gleichzeitig dazu entschieden, nicht die gesamte Bandbreite der Leistungen und Themen zu beschreiben. Ganz wesentliche Bereiche, zum Beispiel in der kommunalen Grundversorgung, wurden nicht erwähnt. Die Volkshochschulen leisten hier im Zusammenspiel mit den Einrichtungen in freier Trägerschaft Erhebliches zum Beispiel im Bereich Sprachen und Gesundheit, um nur wenige Punkte zu nennen.

Mit dieser Weiterbildungskonferenz und mit der gemeinsamen Diskussion über dieses Papier wird aus unserer Sicht ein Zukunftsdialo g aller Beteiligten zur Weiterentwicklung und gleichermaßen auch zur verbesserten Anerkennung der Weiterbildung in NRW eröffnet. So verstehen wir das, und wir meinen, das ist ein angemessener Rahmen.

Was soll nun anschließend in den Workshops passieren? – Wir haben vor, mit Ihnen darüber zu sprechen, ob die Ziele und Lösungen, die in den Papieren festgehalten sind, die richtigen Ziele und Lösungen sind. Vor allem aber, und das ist der Hauptaspekt, wollen wir von Ihnen wissen, welche Konsequenzen die Umsetzung der Lösungen auf die Parameter Organisationsstruktur der Weiterbildung, Personal der Weiterbildung, Finanzierung der Weiterbildung und auf das Weiterbildungsgesetz haben. Den aktuellen Sachstand zu diesen genannten Parametern haben wir im Punkt 1 des Papiers, das Sie in den Händen halten, beschrieben.

Wir müssen vorab um Ihr Verständnis bitten, dass die Moderatoren sich vorgenommen haben, in der zur Verfügung stehenden Zeit tatsächlich dieses Ziel zu erreichen. Das erfordert viel Disziplin, denn die Workshops sind wirklich prall gefüllt.

Gestatten Sie uns zum Schluss noch einen kurzen Ausblick. Der Gesprächskreis hat sich natürlich ein Ziel für den nun begonnenen Zukunftsdialog gesetzt. Das Ziel ist die Landesstrategie Weiterbildung als Gesamtkonzept von Parlament und Regierung, das die Aufgaben und Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Weiterbildung umfasst. Auf dem Weg dahin werden wir die Ergebnisse der heutigen Veranstaltung, Herr Seifen hat es zu Beginn gesagt, die Ihnen mit dem Protokoll zugehen werden, auswerten. Wir werden dann mit den Akteuren die nächsten Schritte besprechen. Dem können und wollen wir natürlich heute nicht vorgreifen.

Beginnen Sie mit uns heute diesen Zukunftsdialog. Die überwältigende Teilnahme von über 360 Kolleginnen und Kollegen an dieser Konferenz ist Ausdruck der hohen Erwartung und des ausdrücklichen Interesses der Weiterbildungseinrichtungen an den Zukunftsthemen. Viel Erfolg in den Workshops und gute Gespräche beim abschließenden Austausch. – Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Helmut Seifen: Ganz herzlichen Dank allen drei Rednern für Ihre Ausführungen. Die Zeit ist fortgeschritten. Wir haben gleich 11:00 Uhr. Wenn die Beratungen in den Workshops bis ungefähr 12:30 Uhr erfolgen sollen, schlage ich vor, dass wir nun die jeweiligen Räume aufsuchen. Ich darf Ihnen noch einmal gute Beratungen wünschen. – Herzlichen Dank.

(Der Vorsitzende gibt die Raumzuordnung der einzelnen Workshops bekannt, in denen die Konferenz fortgesetzt wird.)

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

Anlage

06.09.2018/07.09.2018



GESPRÄCHSKREIS für Landesorganisationen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

WORKSHOP 1

Teilhabe – soziale Gerechtigkeit – Integration – Inklusion

Moderation: Friedhelm Jostmeier, Geschäftsführer der LAAW NRW

Ergebnisse aus dem Workshop

Es wurde von vielen darauf hingewiesen, dass die Forderungen in diesem Kapitel genauer und präziser gefasst werden sollten.

Ziele:

(aus dem Eckpunktepapier)

Dazu müssen sich die Weiterbildungseinrichtungen so entwickeln, dass sie auch zukünftig für eine vielfältige und differenzierte Gesellschaft offene und attraktive Angebote bereitstellen können.

- *In der Landesstrategie Weiterbildung ist die Bedeutung von Weiterbildung für Teilhabe, soziale Gerechtigkeit, Integration und Inklusion zu verankern*
- *Der allgemeine Zugang zu Weiterbildung soll gewährleistet bzw. erleichtert werden*
- *Die individuellen und institutionellen Zugangsbarrieren werden abgebaut*
- *Passgenaue Weiterbildungskonzepte sind zu entwickeln und umzusetzen*
- *Die Zusammenarbeit mit anderen Bildungsbereichen und auf weiteren Handlungsfeldern wird ausgebaut*

Ergänzungen:

- Gefahr des Verdrängungswettbewerbes: z. B. zwischen den „deutschen“ Bildungsfernen und den Geflüchteten; inklusiv denken
- Einen weiten Grundbildungsbegriff verwenden, der auch Aspekte von Allgemeinbildung und Berufsbildung umfasst
- Weiterbildung in diesem Feld braucht sozialpädagogische Unterstützung
- Weiterbildung in diesem Feld braucht eine trägerneutrale Beratung
- Die inklusive/interkulturelle Öffnung muss in der Organisationsentwicklung gezielt vorangetrieben werden; sie braucht passgenaue Konzepte
- Diversity-Management und Umsetzung von *social justice* sind noch lange nicht eingelöst
- Es geht in diesem Feld darum, die Selbstwirksamkeit zu stärken, die Ressourcen zu sehen, an individuellen Bedarfen anzusetzen
- Anschlüsse z. B. zwischen Schule/Sprachkurse und Beruf müssen besser hergestellt werden können (auch bei Geflüchteten)
- Mehrsprachigkeit fördern; interkulturelle Bildungskonzepte entwickeln

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Lösungen:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *Anerkennung und Förderung aufsuchender Bildungs- und Beratungsleistungen und der Vernetzungsarbeit mit Fachbehörden, Organisationen und Initiativen*
- *Anerkennung des Mehrbedarfs an spezifisch qualifiziertem hauptamtlichem Personal und an neben- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden*
- *Weiterentwicklung und Förderung von Angebotszugängen und -formaten insbesondere für Menschen mit Handicap, Grundbildungsbedarf, aus sozialen Brennpunkten und mit Zuwanderungsgeschichte. Angebote müssen je nach Zielgruppe auch kostenfrei bereitgestellt werden*
- *Ausbau der Grundbildungsangebote im Sinne von Alltagsbildung, z. B. im Umgang mit Demokratie, Konsum, Verbraucherschutz und Gesundheit sowie Alphabetisierung*

Ergänzungen:

- Finanzmittel deutlich anheben
- Beratung trägerneutral und hauptamtlich
- Gelungene Projekte müssen in Regelförderung überführt werden können
- Sozialpädagogik und Bildungsarbeit müssen zusammen gedacht werden
- Sozialraum-/Quartiersarbeit muss verstärkt werden
- Hauptamtlichkeit stärken
- Honorare müssen erhöht werden (Vergleich mit den BAMF-Sprachkursen)

Konsequenzen:

WbG

- Sozialraumorientierte Angebote im WbG verankert
- Förderparameter ändern
- Senkung Mindestzahl für Teilnehmende
- Finanzierung neuer Formate
- Kommunale Pflichtaufgabe muss erhalten bleiben

Organisationsstruktur

- Arbeit in regionalen Netzwerken verstärken; Schwerpunkte bilden □ schlanke Bürokratie
- Weiterbildung als lernende Organisation: diversitätssensible Weiterentwicklung
- Weiterbildung partizipiert nicht an bestimmten Fördermitteln anderer Ministerien
- Trägerneutrale Weiterbildungsberatung
- Dezentralisierung von Nöten; Räume zu finden ist ein Problem
- Interdisziplinarität und Vielfalt bei den Mitarbeitenden erhöhen
- „Projektitis“ unhaltbar
- Teilhabestrategien entwickeln

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Personal

- Scheinselbständigkeit (politische Lösung ist von Nöten)
- Pro HPM-Stelle auch sozialpädagogische Anteile
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse abbauen
- Stärkung von Hauptamtlichkeit und Nebenamtlichkeit; Bezahlung von Nebenamtlichkeit
- Aufgrund der Unterfinanzierung neigen Anstellungsträger dazu, geringer qualifizierte HPM einzustellen; ist ein Problem

Finanzierung

- Finanzmittel für die Organisation von Weiterbildungsmaßnahmen in diesem Feld reichen nicht
- Diversitätssensible Prozesse brauchen Finanzierung und Support/Unterstützung durch Fachleute
- Angebote zur Verbesserung der Teilhabe brauchen zusätzliche Finanzmittel
- Honorarkräfte: bessere Finanzierung
- Sonderförderung bestimmter Zielgruppen (wie bei der Familienbildung) □ Wie am besten?
- Unterfinanzierung der Weiterbildung beheben mit Mitteln, die an keine weiteren neuen Aufgaben gebunden sind (Strukturförderung)

WORKSHOP 2

Digitalisierung und Weiterbildung

Moderation: Wolfgang Jost, Vorstand des Sportbildungswerkes des Landessportbundes NRW

Ergebnisse aus dem Workshop

Ziele:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *In der „Landesstrategie Weiterbildung“ ist die Bedeutung der Weiterbildung für die Digitalisierung zu verankern*
- *Digitale Bildung ist eine Querschnittsaufgabe mit Anbindung an unterschiedliche Politikfelder (z. B. Schule, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Familie)*
- *In der „Landesstrategie Weiterbildung“ sind Ziele sowohl für den notwendigen Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Einrichtungen, für die interne und externe digitale Kommunikation und Vernetzung, für das Wissensmanagement in Zeiten des*

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

demografischen Wandels als auch für die gesellschaftliche Begleitung und Reflexion des digitalen Wandels sowie für die Entwicklung digitaler Lernformate als Angebot für alle Zielgruppen und Milieus formuliert

Die Ziele wurden besprochen und alle Teilnehmenden stimmen den Zielen in der vorgelegten Form zu.

Lösungen:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *Der umfassende und längerfristige Veränderungsprozess, der für die Einrichtungen der Weiterbildung mit der Digitalisierung einhergeht, muss landesweit gesteuert, koordiniert, begleitet und unterstützt werden*

Ergänzungen:

- *Es wurde festgestellt, dass der Prozess und die Maßnahmen/Lösungen insgesamt „schlank“ und „agil“ gestaltet werden müssen*
- *Die Umsetzung und Weiterentwicklung der „Strategie Digitalisierung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen“ muss von einer Steuerungsgruppe und entsprechenden Fachgruppen begleitet werden*

Ergänzungen:

- *Einbindung Interministerielle Arbeitsgruppe*
- *Einsetzen einer Enquete Kommission*
- *Es wurde diskutiert, ob es „Digitalisierung **und** Weiterbildung“ oder „Digitalisierung **der** Weiterbildung“ heißen sollte/müsste. Eine einheitliche Formulierung wählen!*
- *Korrespondierend zur Umsetzung der „Strategie Digitalisierung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen“ benötigt jede Einrichtung eine – auf die individuellen Voraussetzungen zugeschnittene – eigene digitale Strategie. Hierfür ist eine kompetente, für die Einrichtungen kostenfreie Begleitung durch speziell auf die Bedarfe der Weiterbildung in NRW ausgerichtete Beraterteams vonnöten*

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Ergänzungen:

- Digitale Strategie nicht nur auf/für „Papier“, sondern für die Praxis entwickeln
 - Einen ganzheitlichen Ansatz für Beratung wählen (nicht **nur** auf Lehre bezogen)
 - Bei der Auswahl der Beraterteams Vernetzung/Synergien anstreben. Bestehende Strukturen einbinden
 - Einbinden von Einrichtungen in die Entwicklung der Beraterteams
 - Nicht „nur“ Beratung, sondern auch eine Umsetzungsbegleitung anbieten
 - Von Rahmenstrategie zur individuellen Qualitätsentwicklung der Einrichtungen
 - Prozess als begleitende Maßnahme für laufende Veränderungsprozesse
- *Die Investitionen in die technische Infrastruktur der Einrichtungen müssen vom Land übernommen werden*

Ergänzungen:

- Technische Ausstattung mehr als nur „W-LAN und Co.“
 - IT-Infrastruktur oft schon vorgegeben (z. B. kommunale IT-Infrastrukturen)
 - Folgeinvestitionen mitdenken und berücksichtigen
- *Ein landesweites „Netzwerk Digitalisierung“ muss aufgebaut, administriert und betreut werden. Über das Netzwerk wird zukünftig Kommunikation und Zusammenarbeit online sichergestellt. Die dadurch erreichten Synergie- und Entwicklungseffekte sind für die Einrichtungen und die Weiterbildung insgesamt kostenfrei*

Ergänzungen:

- Wer koordiniert (themen-)übergreifend die Plattformen/Netzwerke?
 - Aufgabe bleibt bei Einrichtung. Rahmen muss gesteckt werden.
 - Systempluralität – Was gibt es bereits? Wie geht man mit bestehenden Systemen/Netzwerken um und bindet diese ein?
- *Die hierfür erforderlichen strategischen Abstimmungen mit anderen Politikfeldern (z. B. Schule, Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Familie) müssen von der Landesregierung koordiniert werden*

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Ergänzungen:

- Umgang mit /Nutzung von „Open Educational Ressources“
- Schnittstellen Wissenschaft/Weiterbildung stärker nutzen
- *Die Weiterbildung veranschlagt die im Rahmen der Digitalisierung anfallenden Kosten bis zum Jahr 2022 auf ca. 25 Mio. Euro pro Jahr. Für die Finanzierung der Betriebskosten benötigen die Einrichtungen der Weiterbildung eine ausreichende Grundfinanzierung inkl. einer Dynamisierung*

Ergänzungen:

- Allgemeine Zustimmung

Konsequenzen:

WbG

- Beratungsdienstleistungen für kleinere Gruppen ermöglichen
- Bessere Ausstattung in den Einrichtungen notwendig
- Kurssystematik „neu“ denken □ Neue Anforderung durch neue Formate
- Digitale Angebote als zusätzliches Format – nicht stattdessen
- Online- und Präsenzangebote nicht als Konkurrenz
- „Onlineangebote“ müssen förderfähig gestaltet sein
- Viele Angebotsformen sind denkbar. Welche sollen „abrechenbar“ sein?
- Onlineformate bedeuten auch informelle/non-formale Bildung
- Mindestteilnehmerzahl muss überdacht werden
- Wettbewerbsfähigkeit sichern: Wissenstransfer fördern
- In § 3 „Digitalisierung“ aufnehmen
- Kein starres WbG: Entwicklung ermöglichen, Entwicklungslinien mitdenken. „Experimentierklausel“ einführen?
- Zielgruppen unter 16 ansprechen

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Organisationsstruktur

- Onlineangebote nicht mehr unbedingt regional und NRW-bezogen (von überall aus möglich)
- Nutzungs-/Teilnehmersicht stärker in den Mittelpunkt nehmen (Personas)
- Eingehen auf ständige (digitale) Veränderung
- Supportstrukturen aufbauen

Personal

- Begleitung der Onlineangebote erfordert mediendidaktische Kompetenzen
- „Know-how“ in Einrichtungen entwickeln
- Schulung des Personals auf neue Entwicklungen
- Nebenberuflichkeit und Ehrenamt mitdenken
- Umgang mit freiberuflich Tätigen? Stichworte: Fortbildung/Personalentwicklung

Finanzierung

- Onlineformate bedeuten Zusatzaufwand
- Abgesicherte Basisfinanzierung: keine zusätzliche Projektfinanzierung
- vs. Projektfinanzierung nach wie vor nötig
- Neue (Förder-)Programme wünschenswert

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

WORKSHOP 3

Stärkung der Demokratie

Moderation: Elke Hülsmann, Geschäftsführerin des DGB-Bildungswerkes NRW

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Ergebnisse aus dem Workshop

Ziele:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *In der Landesstrategie Weiterbildung ist die Bedeutung der Weiterbildung insbesondere die der politischen Bildung für die Stärkung der Demokratie zu verankern*
- *Die Politik erkennt den Beitrag an, den die politische Bildung für den Zusammenhalt einer zunehmend heterogenen Gesellschaft leistet*
- *Es sind Leitlinien zu formulieren, wie politische Bildung qualitativ und quantitativ gestärkt werden kann, um ihre Reichweite und Wirkung in NRW zu vergrößern*
- *Die Landeszentrale für politische Bildung bleibt zentrale Partnerin für die Weiterbildung*
- *Die Einrichtungen der politischen Bildung erhalten eine auskömmliche Finanzierung.*
- *Werbung und Beratung für das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz als Möglichkeit der Freistellung für selbstbestimmte politische Bildung werden vom Land unterstützt*

Ergänzungen:

- Politische Bildung stärken/ausweiten
- Konkretisierung: Finanzierung und Demokratie leben
- Social Media
- Demokratie - Politische Bildung
- Politische Teilhabe - aktives Engagement
- Geschlechtergerechtigkeit
- Umwelt-Ressourcen
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Europäische Dimension
- Ehrenamtlich Engagierte
- Beutelsbacher Konsens
- Historisch-politische Bildung
- Ausweitung von Gedenkstätten
- Haus der Landesgeschichte
- Pluralismus: regional – sozial – räumlich
- Politische Einstellung der Handelnden
- Tendenzbetriebe versus Überparteilichkeit
- Was heißt auskömmliche Finanzierung konkret?
- Politische Bildung: Generationsaufgabe, Kriterien: Nachhaltigkeit, Zeit
- Bildungsurlaub und Arbeitnehmerbildung: Aufgabe aller Einrichtungen

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Lösungen:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *Das Land präzisiert gemeinsam mit den Einrichtungen die Investitionsbedarfe für die politische Bildung*
- *Die Programme und Maßnahmen im Kontext politischer Bildung müssen zwischen den beteiligten Ministerien effektiver und effizienter koordiniert werden*
- *Das Land stärkt Ressourcen und ermöglicht Freiräume für innovative methodische und didaktische Formate*

Ergänzungen:

- Politische Bildung als Pflichtaufgabe
- Finanzierung: Grundversorgung
- Fördermittel: Teilnehmendenbeiträge sind begrenzt
- ≠ Projekte
- Investitionen in z. B. Räume/Weiterbildungszentren
- Formatöffnung
- Dritte Orte
- Professionalität
- Fachlichkeit
- Schule: Politikunterricht
- Landeszentrale: Kernfelder

Konsequenzen:

WbG

- Flexibilität
- Stärkung der Hauptamtlichkeit/Zweckgebundene Fachlichkeit
- HPM- statt Unterrichtsstunden-Förderung
- Kopplung Personal-Teilnehmertag reduzieren
- ½ Teilnehmertag
- Familien-/Kinder-Teilnehmertag
- Beratungszeiten
- Anerkennung neuer Bedarfe/Verhalten z. B. Kurzfristigkeit
- Aufwandsdifferenzierung □ weitere Parameter
- Aufsuchende Bildungsarbeit

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

- Neue Formate anerkennen
- Digitale Formate abrechenbar

Organisationsstruktur

- Wer entscheidet über Personal? Land? Kommune? Kriterium der Fachlichkeit
- Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
- Flexibilisierung, „Projektitis“, Zeit-Ressourcen
- Austausch organisieren z. B. über das QUA-LiS
- Support des Landes ausbauen
- Neue Orte: z. B. Gärten, Organisation, Partizipation

Personal

- Hauptamtlichkeit stärken
- HPM-Stellen(-anteile) in Volkshochschulen für Politische Bildung

Finanzierung

- Innovations- und Entwicklungsbudget z. B. 5-10 %
- Land fördert Bürgerbeteiligungsprogramme über Einrichtungen
- Definition von „auskömmlich“: Pauschale Erhöhung um 10 %
- Regelförderung 10 Euro pro Einwohner + Dynamisierung

No Go's

- Einschränkung der Freiheit der Einrichtungen
- Politische Bildung nicht nennen

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

WORKSHOP 4

Kulturelle Bildung

Moderation: Frauke Heitmann, Geschäftsführerin der Paritätischen Akademie

Ergebnisse aus dem Workshop

Ziele:

(aus dem Eckpunktepapier)

Für die nachhaltige Weiterentwicklung eines flächendeckenden kulturellen Bildungsangebotes für NRW im oben genannten Sinne bedarf es insbesondere folgender Voraussetzungen:

- *In der Landesstrategie Weiterbildung ist die Aufgabe der Weiterbildung im Rahmen der kulturellen Bildung definiert und abgestimmt*
- *Die Weiterbildung nimmt Verantwortung bei landesweiten und örtlichen Kulturaufgaben aktiv wahr*
- *Die konzeptionelle Weiterentwicklung der kulturellen Bildung wird umgesetzt*

Lösungen:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *Einbindung der Weiterbildung in die landesweite und örtliche Koordinierung von Kulturaufgaben*
- *Aufnahme der Weiterbildung in die Kulturstrategie des Landes, z. B. in das Konzept „Dritte Orte“*
- *Die Akteure der Weiterbildung erarbeiten im Rahmen der Landesstrategie neue Konzepte für die (inter-)kulturelle Bildung und organisieren einen systematischen Fachdiskurs*
- *Die zusätzliche Finanzierung wird sichergestellt*

Ergänzungen:

- *Kulturelle Bildung in § 11.2 WbG aufnehmen, dadurch Handlungssicherheit erhöhen*
- *Definition des Begriffs „kulturelle Bildung“ klären*
- *Öffentliche Wahrnehmung „freier Kultur“ stärken*
- *Qualität zeigen – kein Ableger sein (zur Hochkultur)*
- *„Off-Bereich“ genauso wichtig wie Hochkultur*
- *Kulturelle Bildung als Wirtschaftsfaktor – Entwicklung von Berufsfeldern*
- *Kulturelle Bildung soll heranzuführen an kulturelle Angebote – bspw. Volkshochschule bietet Einblick in Theaterangebote vor Ort*
- *Entwicklung neuer Konzepte ermöglichen*
- *Netzwerke im direkten Umfeld schaffen – „Nachbarschaft entdecken“*
- *Weiterbildung muss eingeladen werden (von Kulturstätten)*
- *Kulturelle Bildung als Innovationstreiber*
- *Vielfalt = alle kollektiven Deutungsmuster*

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

- Interkulturelle Bildung als Schnittmenge zur politischen Bildung → Stärken in den Blick nehmen
- Aufnahme der kulturellen Bildung in das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW (AWbG)

Konsequenzen:

Organisationsstruktur

- Verzahnung mit Schule/ Bildungspartnerschaften – Stichwort lebensbegleitendes Lernen
- Einbindung in die regionale Bildungslandschaft
- Synergien schaffen durch institutionelle Vernetzung, z. B. durch Dritte Orte
- Informieren und Bewusstsein schaffen bei weiteren Akteuren im kulturellen Umfeld
- Versäulung aufheben (siehe Dänemark)
- Stärkung funktionierender Strukturen → Mehrwert bei höherer Finanzierung

Personal

- Neue Fördermöglichkeiten notwendig (z. B. Finanzierung aufsuchende kulturelle Bildung) → Brückenpersonen, weitere (Personal-)Ressourcen für Bedarfserschließung notwendig
- Mittel für Konzeptentwicklung und Recherche vorhalten
- Bedarfsermittlungsformate im öffentlichen Raum ermöglichen und finanzieren
- Stärkung funktionierender Strukturen → Mehrwert bei höherer Finanzierung

WORKSHOP 5

Chancen nutzen – Zweiter Bildungsweg

Moderation: Ulrike Kilp, Verbandsdirektorin des Landesverbandes vhs NRW

Ergebnisse aus dem Workshop

Ziele:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *In der Landesstrategie Weiterbildung ist die Bedeutung des Zweiten Bildungswegs in der Weiterbildung zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe und Integration besonders benachteiligter Bevölkerungsgruppen zu verankern*

Ergänzungen

- Alleinstellungsmerkmale/Besonderheiten Zweiter Bildungsweg (ZBW) sind stärker herauszuarbeiten
- ZBW hat menschliche Seite, gesellschaftlichen Aspekt und dient letztlich der Entlastung der Sozialkassen
- ZBW für Integration
- Menschen scheitern an Regelschulen → das alternative Lernsetting an den

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Weiterbildungseinrichtungen führt zu Erfolg

- *Für die Zukunft des Zweiten Bildungswegs sind rechtlich abgesicherte und tragfähige Rahmenbedingungen zu schaffen*

Ergänzungen

- Rechtliche Rahmenbedingungen „vertiefen“ und nicht „schaffen“
 - Rechtliche Rahmenbedingungen könnten die Ausgestaltung von Anstellungsmöglichkeiten beinhalten □ dies wiederum könnte die sozialversicherungspflichtige Einstellung von Lehrkräften umfassen
 - Sozialversicherungspflichtige Einstellung bedeutet Sicherheit
 - Frage nach institutioneller Rahmung von Beschäftigung
 - Projekte machen rechtssichere Beschäftigung und längerfristige Planung schwierig
 - Rahmenbedingungen sind zu allgemein gefasst, freie Träger haben keine kommunale Unterstützung
 - Verbindung Jobcenter/Agentur und ZBW festigen, rechtliche Absicherung Bildungsprämie und Volkshochschulen als einzigen Träger machen Festanstellung notwendig (Beispiel Essen)
 - „Verlässlich“ ergänzen
- *Der Zweite Bildungsweg wird inklusive der Angebote für neue Zielgruppen, z. B. mit Inklusions-, Sprachförder- und Grundbildungsbedarfen, bedarfsgerecht finanziert*

Ergänzungen

- „Neue Zielgruppen“ sind nicht unbedingt neu
- „Neue Formate“ ergänzen
- Erwerbsweltorientierung muss gefördert werden
- Ergänzung: „in der Weiterbildung“ (nicht nur im ZBW)

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Lösungen:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *Umgehende Umsetzung des Vorhabens im Koalitionsvertrag 2017 von CDU und FDP (Zitat: „Vor allem werden wir die Mittel für das Nachholen von Schulabschlüssen erhöhen.“)*

Ergänzungen

- Applaus
 - Geld sollte zweckgebunden sein: Zweckverbindungsvermerk
 - Frage nach Deckelung: Können Einrichtungen, die zum Stichtag keine Lehrgänge angeboten haben, dann Gelder akquirieren? Wo kommen die Mittel her – vom WbG-Topf oder als zusätzliche Mittel?
 - Es sollte ergänzt werden: Finanzierung mit „frischen“ Mitteln
 - ZBW als „Rettungsanker“ für Kommunen benennen, der entsprechend finanziert werden muss
-
- *Schaffung neuer Stellen für Lehrerinnen und Lehrer und für sozialpädagogisches Personal*

Ergänzungen

- Wer definiert den Bedarf? Umfrage des Landesverbandes vhs NRW als Erhebungsinstrument für den Bedarf; dieser sollte auch retrospektiv ermittelt werden (welche Einrichtungen bieten aus finanziellen Gründe zurzeit keine Lehrgänge mehr an und würden dies bei anderer finanzieller Kompensation jedoch tun?)
- Was heißt „neue Stellen“? eher „Schaffung von Stellen für sozialpädagogische Begleitung“ überhaupt
- „Schaffung von zusätzlichen Stellen für Lehrkräfte“
- Standards für die Stellenausstattung berücksichtigen □ Ausgestaltung liegt zwar beim Träger, aber Empfehlungen zu Qualifikation und Bezahlung könnten gegeben werden

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

- *Anpassung der Förderung auf der Basis des tatsächlichen Finanzbedarfs*

Ergänzungen

- Thema Europäischer Sozialfonds (ESF) zur Finanzierung, es handelt sich um Mittel für „zusätzliche Angebote“, aus den Ergebnissen der Fragebögen des Landesverbandes vhs NRW lassen sich die ESF-Mittel zur Regelförderung addieren
- Keine Beschränkung auf zusätzliche Förderung

Konsequenzen:

WbG

- WbG und die Verordnung über die Prüfungen zum nachträglichen Erwerb schulischer Abschlüsse der Sekundarstufe I (PO-SI-WbG) an Einrichtungen der Weiterbildung sind bewusst vage gefasst, um eine maximale Auslegungsbreite zu bieten
- Wenn Aufhebung der Deckelung und Dynamisierung der Finanzierung umgesetzt werden, muss das WbG nicht angefasst werden
- ZBW als Pflichtaufgabe: hilfreich für die Argumentation in der Kommune
- Möglicherweise muss nicht alles im WbG verändert werden; teilweise lassen sich die gewünschten Änderungen im Haushaltsbegleitgesetz abbilden

Organisationsstruktur

- Der unterrichtete Fächerkanon soll zu erwarteten Kompetenzen im Rahmen der Möglichkeiten (zeitlicher Umfang) führen, Qualitätskriterien sollen in Prüfungen dem Standard (Kompetenzerwartungen der Kernlehrpläne) entsprechen
- „Genehmigung von Prüfungsaufgaben ist eine Verwaltungsentscheidung“ □ es handelt sich nicht um ein „Angebot zum Dialog“
- Prüfungsverfahren an sich ist zufriedenstellend
- Bildung von Netzwerken zur Erstellung von Prüfungsaufgaben, Vernetzung/Unterstützung/Fortbildungen von/für Kursleitende/n über Strukturen des Landesverbandes
- Gute Kommunikation zwischen den Bezirksregierungen und den Einrichtungen, große Flexibilität durch die *Zentral organisierten standardisierten Prüfungen (ZosP)*
- ZosP als funktionierendes System
- Auskömmliche und nachhaltige Finanzierung für ZosP muss sichergestellt werden

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

Personal

- Gezielte Öffentlichkeitsarbeit für den ZBW, um die Attraktivität der Beschäftigung zu steigern: ein möglicher Weg ist die Vorstellung des ZBW bei den Zentren für schulpraktische Lehrerausbildung: ein zweiter Weg ist die Steigerung der Attraktivität durch monetäre Kompensation: Höhere Honorare für die Lehrkräfte, die auch für Fortbildungen etc. bezahlt werden (ggbfs. Freistellung der Lehrkräfte)
- Erwachsenenbildung als positive Herausforderung im Vergleich zum Schuldienst mit der Arbeit mit Jugendlichen in der Vermarktung darstellen
- Langfristige Beschäftigung sicherstellen, vor allem im Bereich der Projekte
- Fortbildungen der Lehrkräfte, mögliche Schwerpunkte: Erwerbsweltorientierung, Umgang mit Teilnehmenden, ZosP/Prüfungserstellung
- Herausforderung für die Zukunft sind Beschäftigungsmodelle an kleinen Einrichtungen, Problemfeld: kleine Deputate – viele Fächer
- Neben Festanstellungen muss es alternative Modelle geben, Kooperation mit anderen Einrichtungen
- Sozialpädagogische Begleitung
- Beratung muss ausgebaut werden

Finanzierung

- Volkshochschule als Daseinsvorsorge braucht Finanzierung
- Die Deckelung der Beträge muss aufgehoben werden; dies darf nicht auf Kosten der anderen Bereiche der Weiterbildung geschehen
- Andere Träger sollen ebenfalls an WbG-Mitteln partizipieren können
- Dynamisierung der Förderung muss berücksichtigt werden
- Die Balance zwischen dem ersten Bildungsweg und dem ZBW muss stimmen
- Die Fördersätze des ESF für NPM müssen wieder angehoben werden
- ESF als Kompensation für Bereiche, die nicht nach PO-SI-WbG förderfähig sind
- Schulsozialarbeit muss analog zum ersten Bildungsweg integrativer Bestandteil werden
- Inklusion muss analog zum ersten Bildungsweg integrativer Bestandteil werden

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

WORKSHOP 6

Familie leben – Gemeinschaft gestalten

Moderation: Dieter Heinrich, Landesgeschäftsführer des Progressiven Eltern- und Erzieherverbandes NW

Ergebnisse aus dem Workshop

Ziele:

(aus dem Eckpunktepapier)

- *In der Landesstrategie Weiterbildung ist die Bedeutung der Familienbildung gestärkt*
- *Die Rahmenbedingungen der Familienbildung sind so gesetzt, dass die Angebote mit außerfamiliären Verpflichtungen (Erwerbsleben, Kindertagesstätte, Schule, Sport, Kultur, bürgerschaftliches Engagement etc.) vereinbar sind*
- *Im Rahmen des AWbG NRW ist das Thema „Familie in der Gesellschaft“ als Freistellungsgrund gesetzlich verankert*

Ergänzungen:

zu1.

- *Bildungsprofession: klären und berücksichtigen*
- *„Familienbildung“: klar definieren*
- *Politische Aspekte in der Familienbildung müssen respektiert werden*
- *Investitionen in Familie sind gesellschaftsrelevant*
- *Die Schere zwischen Leistungen der Familienbildung und der Finanzierung muss geschlossen werden / ist geschlossen*
- *Förderung für Familien in prekären Lebenslagen ermöglicht Teilhabe*
- *Die Familienbildung benötigt zur Sicherung ihrer Zukunft Investitionsspielräume*
- *Die Finanzierung muss in ein neues/erweitertes System überführt werden*

Zu 2.

- *Familienbildungsstätten müssen in den Stammhäusern und Satelliten als Begegnungsorte für Familien entwickelt werden*
- *Familienbildung will, braucht und produziert zunehmend Netzwerkstrukturen*

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

zu 3.

- Freistellung (AWbG) für den Bereich „Familie und Gesellschaft“ ermöglichen

Lösungen:

(aus dem Eckpunktepapier)

- Um die Aufgabe von Familienbildung auch zukünftig und verstärkt wahrnehmen zu können, muss dieser Bereich im und ergänzend zum WbG bedarfsgerecht finanziert werden
- Es muss eine verbesserte Förderung von adäquaten Veranstaltungsformen für besondere Zielgruppen geben
- Die sozialraumbezogene Präsenz ist durch eine entsprechende Infrastruktur zu unterstützen. Familienbildung muss verstärkt und gleichwertig in Netzwerke zur Erreichung schwer zu erreichender Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. Für diese Aufgabe ist vom Land eine angemessene Ausstattung und Unterstützung vorzuhalten
- Familienbildungsstätten müssen als Orte der persönlichen Begegnung und des strukturierten Lernens zukunftsfähig gestaltet und dazu ausgestattet werden

Ergänzungen:

zu 1.

- Vernetzung und Zielgruppenfokus: nicht ausreichend finanziert
- HPM Pauschalen: verbessern
- Förderbedingungen (Nachweise) vereinfachen und anpassen
- Förderung muss verlässlich sein, um den Fokus auf der Arbeit am Menschen zu erhalten
- Die Fördersätze stammen aus den 80er Jahren. Eine Kostenanpassung ist dringend nötig
- Das WbG muss die Grundsicherung der Finanzierung bilden/ Die Familienbildung ist in ihren Grundstrukturen gefährdet/ Die Finanzierung hinkt dem Bedarf hinterher (Mangelverwaltung)
- Heutige Koordinationskosten von HPM sind in den bestehenden Pauschalen nicht berücksichtigt

zu 2.

- Neue Formate: in die WbG-Förderung aufnehmen
- Die aktuellen Lebensrealitäten von Familien erfordern angepasste Formate und Angebote

zu 3.

- Familienbildung braucht Räume, um Teilhabe zu sichern

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

zu 4.

○

allgemein:

- Neue Finanzierungsstränge müssen in der Praxis erschlossen werden, um das Kerngeschäft zu sichern
- Kinderbetreuung auch im WbG fördern (für nicht Familienbildungsstätten)
- Öffnung des WbG für Kinder als Bildungsteilnehmende
- HPM haben oft auch die Rolle von Finanzmanagern
- Die Vielfalt von verschiedenen Fördertöpfen führt zu einer belastenden Unübersichtlichkeit
- Unterschiedliche Fördertöpfe implizieren verschiedene Entlohnungs-/Honorarniveaus für Mitarbeitende
- Vielfältiges Engagement für unterschiedliche Bedarfe und Zielgruppen entzieht sich der heutigen Förderung
- In der Familienbildung ist die finanzielle Schmerzgrenze für Träger vielfach erreicht (arme Träger)
- Die Aufhebung des Konsolidierungsbeitrags ist kein Mittel gegen strukturelle Unterfinanzierung
- Weiterbildung hat einen akuten Finanzierungsnotstand
- Familienbildung braucht Effektivität
- Familienbegriff: muss diskutiert/erweitert werden
- Verhältnis von Familie und Familienförderung muss diskutiert werden
- Die Weiterentwicklung der Weiter-/Familienbildung muss dialogisch erfolgen
- Die Veränderungen der Rahmenbedingungen müssen moderat erfolgen
- Die Förderung der Familienbildung muss prekäre Beschäftigungen entbehrlich machen
- Die Förderung muss auch als Sicherheit und Kontinuität auf freie Mitarbeitende durchschlagen
- Es besteht ein Fachkräfteproblem hinsichtlich Verfügbarkeit und Attraktivität der (freien) Mitarbeit
- Bestimmte Mitarbeitende-Typen verebben aufgrund des gesellschaftlichen Wandels (Anspruch an Rollen und Jobs)
- Es besteht eine massive Fluktuation bei Kursleitungen

Konsequenzen:

WbG

- Im WbG die Teilnahme von Kindern in Unterrichtsstunden/Teilnehmertagen berücksichtigen
- Wissensvermittlung online ermöglichen (Digitalisierung)/entspricht Lern-/Lebensrealitäten der Menschen
- Innovationsspielräume schaffen für neue Themen/Formate/Angebote
- Digitale/Blended Learning-Angebote förderfähig machen
- Jahresdurchschnittszahl 10 Teilnehmende überprüfen/senken

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

- Sockel-/Pflichtfinanzierung der Familienbildung sichern
- Schulische Lehrsettings (45 Min-Takt) überdenken (offene Taktung)
- Vernetzungsaufwand abrechnungsfähig machen
- Familienbildungsstätten leisten die Grundversorgung mit Angeboten der Familienbildung
- Entwicklungshemmnisse des WbG schon für 2019 abbauen
- Verwendungsaufwände reduzieren
- Wertvermittlung als Teil des WbG-Umfangs
- Familienorientierte Angebote wie offene Treffs etc. ermöglichen

Organisationsstruktur

- Wertigkeit = Familienbildung auch in Zeiten knapper Kassen finanzieren
- Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit ist auch eine Infrastrukturausstattung für Digitalisierung notwendig
- Nachweisführung vereinfachen
- Kommunale Förderung der Familienbildung ist lokal unterschiedlich, unstet
- Die Basisförderung der Familienbildungsstätten muss über Personal und Investitionsförderung des Landes gesichert werden
- Familienbildungsstätten brauchen in der Förderung Verlässlichkeit und Freiräume für Innovationen und Experimente
- Die Vernetzung der Familienbildungsstätten vor Ort erfordert auch eine Vernetzung der Jugendämter
- Die Entscheidenden über die Rahmenbedingungen brauchen ein erweitertes Wissen über die Realitäten
- Verteilte und nicht abgestimmte Zuständigkeiten für Familie führt häufig zu ungewollten Doppelstrukturen vor Ort
- Strukturen können effektiver gestaltet werden

Personal

- Förderung muss Fluktuation entgegenwirken und Langfristigkeit und Erfahrung (Kompetenz) sichern helfen
- HPM sind Allrounder/das Arbeitsprofil muss mehr Zeit für veranstaltungsbegleitende Aufgaben beinhalten
- Honorarkräfte/Kursleitungen müssen angemessen/rechtssicher durch die Finanzierung bezahlbar sein
- Der Bedarf von Honorarkräften (Honorarhöhe, Sicherheit) muss über die Förderung gedeckt werden können
- HPM sollen auch weiterhin gelegentlich selbst Kurse leiten können
- HPM brauchen mehr Zeit für Innovationen und Projekte
- HPM müssen flexibel einsetzbar und refinanziert werden können

Finanzierung

- Familienbildungsstätten sind z. T. auch auf kommunale Zuförderung angewiesen

WEITERBILDUNGSKONFERENZ am 27. Juni 2018 ERGEBNISSE DER WORKSHOPS

- Die Finanzdifferenzierung zwischen Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft (100:60) sollte diskutiert/vereinheitlicht werden
- Familienbildungsstätten brauchen für Gebäude und Ausstattung Investitionsförderungen wie z. B. Schulen
- Verbesserung der Finanzierung für Personal (HPM)
- Verbesserung der Förderung für freie Mitarbeitende
- Förderung für Investitionen (mehrfach)
- Die WbG-Förderung ist essentiell notwendig, muss aber ausreichend sein
- Förderung sichern//kritisch: Familienbildung ist keine Pflichtaufgabe nach Kinder- und Jugendhilferecht
- Kritisch: Familienbildung ist kommunal oft nicht Teil der Jugendhilfeplanung